

Präsident Biden hat seinen Saigon-Moment

Die chaotischen Bilder aus Kabul nach dem Abzug der Amerikaner erinnern an das bittere Ende des Vietnam-Kriegs im Jahr 1975. Joe Biden versuchte in einer Fernsehansprache, den hastigen Abzug aus Afghanistan zu rechtfertigen – und beschuldigte die Afghanen.

Renzo Ruf

WASHINGTON. Dramatische Szenen am Flughafen von Kabul: Hunderte von Männern stürmten gestern das Rollfeld des Hamid Karzai International Airport und versuchten, in quasi letzter Minute, eines der Militärflugzeuge zu besteigen, mit denen amerikanisches Personal aus der afghanischen Hauptstadt evakuiert wurde. Auf Twitter zirkulierte ein Filmchen, das eine Transportmaschine C-17 der amerikanischen Luftwaffe zeigte – und wie sich einige verzweifelte Afghanen am bulligen Flugzeug festklammerten. Ein anderes Video zeigte eine aufsteigende «Globemaster» über den Dächern von Kabul; in dem verwickelten Film ist zu sehen, wie ein Mensch zu Boden fällt, dem es anfänglich gelungen war, sich am Militärflugzeug festzukrallen.

Später räumten die noch in Kabul stationierten US-Truppen, offiziell gegen 6000 Soldatinnen und Soldaten, die Rollbahn, damit zumindest im militärischen Teil des Flughafens der Betrieb aufrechterhalten werden konnte. Dabei wurden angeblich mehrere Menschen getötet. Der zivile Teil blieb derweil geschlossen, auch weil der Flughafen immer wieder durch selbstbewusst auftretende Taliban-Kämpfer unter Beschuss genommen wurde.

Die Sicherheitslage sei prekär, meldeten informierte Kreise. Und das US-Verteidigungsministerium erwäge deshalb einen vorzeitigen Abbruch der Evakuierungsflüge. Dies hätte fatale Folgen für die Tausenden von Afghaninnen und Afghanen, die Amerika in den vergangenen 20 Jahren zur Seite gestanden waren und die deshalb auf der Abflussliste der Taliban stehen.

Erinnerungen an Vietnamkrieg

Dabei hatte das Weisse Haus doch alles daran gesetzt, solche Bilder zu verhindern. Als der Beraterstab von Präsident Joe Biden im Frühjahr über die Logistik eines vollständigen Truppen-Abzuges aus Afghanistan diskutierte, der von Biden-Vorgänger

Donald Trump eingeleitet worden war, fiel immer wieder das Stichwort «Saigon 1975». Noch heute stehen die chaotischen Szenen, die sich vor fast 50 Jahren in der ehemaligen Hauptstadt Südvietnams abspielten, symbolisch für das demütigende Ende des Krieges in Südostasien.

Die Fotos von der Menschenkette, die am 29. April 1975 verzweifelt versuchte, auf dem Dach eines Saigoner Wohnblocks («Pittman Apartments») einen CIA-Helikopter zu besteigen, haben sich in die Psyche der Amerikaner eingebrannt – obwohl häufig vergessen geht, dass diese Bilder nicht das Ende der US-Intervention in Vietnam zeigen. Vielmehr hatte Präsident Richard Nixon, unterstützt von seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger, bereits 1973 sämtliche US-Truppen aus dem damaligen Südvietnam abgezogen.

Biden allerdings hat dies nicht vergessen. Er war damals, in den stürmischen Siebzigerjahren, ein junger Senator. Und er hatte politisch bloss ein Ziel vor Augen: Er wollte die Verschwendung amerikanischer Steuergelder in Südvietnam stoppen. Dass er damit die Verbündeten Amerikas verriet, die den Streitkräften jahrelang beigestanden waren, kümmerte ihn nicht. Amerika habe keine «moralische Verpflichtung», Übersetzer und andere Helfershelfer aus Saigon zu evakuieren, sagte Biden damals.

Später rief er diese Episode in Erinnerung, als er Präsident Barack Obama als Vize diente. So soll Biden im Jahr 2010 gesagt haben, als ein Obama-Berater ihn an die Versprechen erinnerte, die Amerika der afghanischen Zivilgesellschaft gemacht habe: «Scheiss drauf, darüber müssen wir uns keine Gedanken machen.» Amerika habe in Vietnam seine Versprechen gebrochen, «und Nixon und Kissinger kamen ungestraft davon».

Der Präsident spricht zur Nation

Biden sah sich gestern allerdings gezwungen, seine kurzen Ferien im präsidentiellen Landsitz Camp David in einem Nationalpark vorzeitig abzubrechen. Das Weisse Haus gab bekannt, dass der Präsident



Chaos am Flughafen von Kabul: Unzählige Menschen fliehen vor den Taliban.

BILD KEY

AUDIO

Weitere Fakten zur Afghanistanhilfe in einem weiteren Interview mit Michael Kunz unter www.sfn.ch/click

gegen 22 Uhr (Schweizer Zeit) eine Rede an die Nation halten werde. Zuvor war der Präsident auch dafür kritisiert worden, dass er am Wochenende keine mündliche Stellungnahme abgegeben hatte.

Stattdessen versuchte Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan, die Politik des Präsidenten zu erklären. Während eines Interviews auf dem Fernsehsender ABC betonte Sullivan gestern, Biden habe nicht mit einem derart schnellen Kollaps des afghanischen Militärs gerechnet.

Unter den Zehntausenden Veteranen des westlichen Feldzuges in Afghanistan, der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 unter US-Präsident George W. Bush begann, wurde das Scheitern Amerikas unterschiedlich kommentiert. Ein Soldat, der vor elf Jahren in Afghanistan gekämpft hatte, sagte im Gespräch: Der Fall von Kabul habe ihn kein bisschen überrascht. «Die korrupte Elite», die das Land mit Hilfe des Westens regiert habe, sei nicht bereit gewesen, für die Interessen der Zivilbevölkerung zu kämpfen. Auch sagte der Marineinfanterist: «Ich verspüre Mitleid für die Frauen und Kinder, die nun wieder unter der Repression der Taliban leiden müssten.»

Ein anderer Veteran, der ehemalige Army-Soldat Matt Zeller, zog im Gespräch Parallelen zwischen dem Nazi-Regime in Deutschland und den Taliban. Die Visa-Anträge, die nun von verzweifelten afghanischen Helfershelfern der US-Streitkräfte ausgefüllt würden, erinnerten ihn an die Liste von Oskar Schindler, die im Holocaust zur Rettung von gegen 1200 Juden führten, sagte ein hörbar emotionaler Zeller.

Er habe das Weisse Haus monatelang vor einem überstürzten Rückzug gewarnt, sei bei den Beratern von Präsident Biden aber auf taube Ohren gestossen – obwohl Zeller dank seiner langjährigen Bemühungen, den rund 20000 afghanischen Helfern der US-Streitkräfte die Einreise nach Amerika unterschiedlich kommentiert. Eine bekannte Grösse ist. Und nun stehe die Regierung «einem kompletten Desaster», dessen Dimension erst in ein paar Jahren erkennbar sein werde.

Dann liest Zeller am Telefon ein E-Mail mit Tränen in den Augen vor, das ihm ein Übersetzer aus Afghanistan geschickt hatte. Die Botschaft endet mit den Worten: «Ich bitte nicht um eine Evakuierung, weil ich verstehe, dass es keine Hoffnung mehr gibt. Will nur den Amerikanern danken, dass sie Afghanistan 20 Jahre lang geholfen haben. Vergessen Sie nicht, dass wir Sie wirklich schätzen.»

Biden droht mit starker Reaktion

US-Präsident Joe Biden hat den Taliban für den Fall eines Angriffs auf US-Kräfte mit «einer raschen und starken» militärischen Reaktion gedroht. Das gelte für jede Handlung der Taliban in Afghanistan, die das US-Personal oder deren Mission gefährden würde, sagte Biden gestern (Ortszeit) im Weissen Haus. «Wir werden unsere Leute mit vernichtender Gewalt unterstützen, falls nötig», versicherte er.

Zugleich verteidigte der US-Präsident vehement seine Entscheidung, die amerikanischen Truppen aus dem Krisenland abzuziehen. Er stehe felsenfest zu seiner Entscheidung, sagte Biden. Es hätte auch keinen Unterschied gemacht, wenn die US-Truppen noch etwas länger in Afghanistan geblieben wären, argumentierte er und warf den afghanischen Sicherheitskräften erneut mangelnde Kampfbereitschaft vor. «Die politischen Anführer Afghanistans haben aufgegeben und sind aus dem Land geflohen», sagte er. Biden räumte aber ein, die Vereinigten Staaten hätten das Tempo des Vormarsches der Taliban unterschätzt: «Dies hat sich schneller entwickelt, als wir erwartet hatten.» (sda)

Nachgefragt

Kunz: «Würden keine Schulen mehr bauen»

Mit der Einnahme der afghanischen Hauptstadt Kabul durch die Taliban steht das Land vor einem neuen Zeitalter. Die radikalislamischen Ansichten dürften direkte Konsequenzen für die Arbeit der Schaffhauser Afghanistanhilfe haben. Diese leistet seit über 30 Jahren humanitäre Hilfe am Hindukusch. Vereinspräsident Michael Kunz blickt zwar beunruhigt in die Zukunft, hat aber noch nicht jegliche Hoffnung verloren, dass das Engagement des Vereins zugunsten der Bevölkerung weitergehen kann.



Michael Kunz

ist seit 2013 Präsident der Afghanistanhilfe Schaffhausen. Gegründet wurde der Verein 1988 von Vreni Frauenfelder. Sie starb 2018 im Alter von 91 Jahren.

Wann hatten Sie zuletzt Kontakt mit Leuten in Afghanistan?

Michael Kunz: Ich hatte in der Nacht auf den Montag ein längeres Gespräch mit einem lokalen Projektpartner. Auch sonst standen wir die letzten Tage in engem Kontakt mit anderen lokalen Partnern.

Wie geht es den Menschen?

Kunz: Es ist vor allem ein längeres Gespräch geworden, weil die Frau des Projektpartners die ganze Zeit über weinen musste. Sie ist sehr verunsichert. Die Situation dürfte sich vor allem für Frauen stark verändern. Es war deshalb wichtig, dass wir uns im Gespräch an Momente zurückerinnert haben, in denen wir gemeinsam lachen konnten. Aber natürlich haben wir auch über die aktuellen Projekte gesprochen.

Wovor hat die Frau Angst?

Kunz: Zum einen befürchtet sie, dass die Frauen die Freiheiten verlieren, die sie in den letzten 20 Jahren bekommen haben. Eine andere Frau hatte die Machtübernahme durch die Taliban beschrieben: Es sei, als ob man ihr die Füsse abschneiden könne. Man sieht es bereits jetzt in Gebieten, in denen die Islamisten die Kontrolle übernommen haben: Die Frauen verschwinden aus der Öffentlichkeit, sie dürfen nicht mehr an die Universität, nicht mehr ihrer Anstellung nachgehen oder ohne Begleitung eines Mannes in ein Taxi steigen, auch wenn die Taliban derzeit etwas anderes erzählen. Ich glaube, dass es die alten Gesetze sein

lich, was vor ihrem Abzug passiert ist und wie er abgelaufen ist. So rasch und ohne Konzessionen aus diesem Land abzuziehen, ergab das Machtvakuum, das gerade von den Taliban gefüllt wird. Dasselbe wäre aber auch in zehn bis 20 Jahren passiert, wenn die Amerikaner ihr Engagement in Afghanistan nicht verändert hätten.

Ist die Art und Weise des amerikanischen Verhaltens mit ein Grund für das kampflöse Aufgeben der Armee und den raschen Sieg der Taliban?

Kunz: Es ist erstaunlich, dass eine Weltmacht wie die USA, mit dem wohl grössten Geheimdienst, die Lage so falsch eingeschätzt hat. Es ist eines von diversen Beispielen, das zeigt: Die USA haben das Land, ihre Kultur und die Machtverhältnisse nicht verstanden. Es gibt auch US-Politiker, die das nun bereits einräumen. Aber man kann auch nicht alle Schuld den Amerikanern zuschieben.

Wer trägt ebenfalls Schuld?

Kunz: Auch die Regierung in Afghanistan hat im grössten Mass versagt. Es war eine zusammengewürfelte Truppe von Warlords, die man mit Geld bedient hatte. Diese Männer hatten aber gar kein Interesse, einen Staat und eine funktionierende Demokratie aufzubauen. Sie haben einzig persönliche Ziele wie Machtbereicherung verfolgt. Das ist auch ein Grund, wieso die Soldaten der afghanischen Armee nicht gekämpft haben.

Wie meinen Sie das?

Kunz: Warum soll ein Soldat, der einen weitaus tieferen Sold als bei den Taliban bekommt, für die Regierung auf dem Schlachtfeld stehen, wenn zeitgleich ein Minister mit einem Taliban-Konvoi aus der Provinz flüchtet? Ein Projektpartner schildert mir gestern eine sinnbildliche Szene für die Moral der Truppe: Als die Taliban vor Kabul standen, ging ein Polizist in einen Shop, hat dort seine Dienstwaffe für ein paar Dollar verkauft und für das Geld ein traditionelles Gewand gekauft. Mit dieser Moral kann man keinen Krieg gewinnen.

War die rasche Kapitulation aber nicht die bessere Lösung für die Bevölkerung, als wenn es zu einem wochen- oder monatelangen Häuserkampf in Kabul gekommen wäre?

Kunz: Ich denke, für die Bevölkerung ist es die bessere Option. Es wäre aussichtslos gewesen, mit dieser Moral gegen die Taliban zu kämpfen. Man sollte zudem nicht vergessen, dass Kabul letztes Mal, als die Taliban an die Macht gekommen sind, am Ende in Schutt und Asche lag.

Hatte die Machtübernahme der Taliban bereits Konsequenzen für Projekte der Afghanistanhilfe?

Kunz: Nein, zurzeit gibt es keine Veränderungen bei den Projekten. In den Gebieten, die am Sonntag gefallen sind, haben die Taliban unseren lokalen Partnern gesagt, sie sollen die Hilfe weiter so leisten wie bisher. Das machen wir. Wir hoffen auch, dass es eine entsprechende Akzeptanz der Taliban gibt, sodass wir unsere Dienstleistungen wie die Versorgung im Provinzspital der Bevölkerung weiterhin anbieten können. Wir haben in diesem Spital bisher schon verschiedene Ethnien behandelt, unter anderem auch Taliban-Kämpfer. Im Paschtunen-Gebiet hat sich die Sicherheitslage sogar etwas verbessert. Denn bisher war es schwierig, Medikamente von Kabul in die Provinz zu transportieren, weil die Strassen umkämpft waren. Jetzt wird nicht mehr gekämpft, sondern nur noch kontrolliert. Natürlich ist der Preis für diese Sicherheit vor allem für die Frauen ein sehr hoher.

Machen Sie sich schon Gedanken, welche Anpassungen Sie mittelfristig bei Projekten vornehmen müssen?

Kunz: Diese Überlegungen werden wir uns machen müssen. Im Gesundheitswesen wird es wohl weniger zu Veränderungen kommen. Im Bildungssektor wird das anders sein. Wir werden beobachten müssen, wie sich die Taliban zu unseren Schulhäusern äussern, in denen vor allem auch Mädchen Schulbildung genossen dürfen. Angesichts der bereits jetzt auftretenden Veränderungen in den von den Taliban beherrschten Gebieten glaube ich nicht, dass sich nichts verän-

dern wird. Denn die Bildung ist grundsätzlich der grösste Feind der Taliban. Wir werden sehen, ob wir weiterhin Schulhäuser bauen werden können. Ich gehe aber davon aus.

Werden Sie Konzessionen bei den Lehrplänen machen?

Kunz: Das ist die Frage, die sich mir eher stellt: Werden wir zu Änderungen aufgefordert, mit denen wir nicht einverstanden sind? Grundsätzlich bauen wir die Schulhäuser, betreiben sie aber nicht. Das liegt in der Macht der Regierung – oder eben jetzt der Taliban. Wir würden aber keine Schulen mehr in dieser Form bauen, wenn wir sehen, dass radikale und fundamentalistische Inhalte vermittelt werden.

Wenn man davon ausgeht, dass die Taliban die Macht in Afghanistan nun längerfristig innehaben werden, dann führt kein Weg daran vorbei, dass die Afghanistanhilfe mit diesen radikalen Kräften zusammenarbeiten muss.

Kunz: Ich würde es nicht als Zusammenarbeit bezeichnen. Auch mit der bisherigen Regierung haben wir aufgrund der grassierenden Korruption wenn immer möglich nicht direkt zusammengearbeitet. Aber wir sind natürlich darauf angewiesen, dass die Regierung toleriert, was wir machen. Es gilt nun, die Führer auszustrecken und herauszufinden, was in Zukunft möglich sein wird.

Sie befürchten also nicht, dass die jahrzehntelange Arbeit der Afghanistanhilfe zerstört wird und das Engagement im Bildungsbereich endet?

Kunz: Nein, das glaube ich nicht. Jeder Tag, an dem ein Mensch in einem Schulhaus war, ist ein guter Tag. Wir haben nun eine ganze Generation, die dank unserer Unterstützung diese Bildung genossen konnte. Das geht nicht verloren, auch wenn im Worst-Case-Szenario Mädchen in Zukunft nicht mehr zur Schule dürften. Diese Generation trägt ihr Wissen und ihre Haltung weiterhin in die Gesellschaft hinein.

Interview: Dario Muffler

Das Deza-Lokalpersonal in Kabul ist in Gefahr

Christoph Bernet

Der Bund arbeitet «mit Hochdruck» daran, um 38 in Kabul verbleibende Lokalangestellte der Direktion für Zusammenarbeit und Entwicklung (Deza) und deren engsten Familienangehörigen so schnell wie möglich in die Schweiz in Sicherheit zu bringen.

Die Lage vor Ort sei unübersichtlich und müsse praktisch alle dreissig Minuten neu beurteilt werden, sagte Aussenminister Ignazio Cassis am Montagabend in Bern: «Wir arbeiten rund um die Uhr daran, um Wege zu finden, sie ausser Landes zu bringen.» Insgesamt geht es um rund 200 afghanische Staatsangehörige. Die meisten lokalen Mitarbeitenden der Deza sind schon seit Jahren für die Schweizer Entwicklungshilfe tätig. Nach Einschätzung des Bundes gelten sie in den Augen der Taliban als «westliche Kollaborateure» und sind «an Leib und Leben gefährdet». Aus diesem Grund erteilt ihnen die

Schweiz bereits letzte Woche ein humanitäres Visum. Doch wann sie evakuiert werden können, ist unklar.

10000 Gefährdete aufnehmen?

Das Aussendepartement EDA arbeite gemeinsam mit Bundespartnern und externen Partnern intensiv an Lösungen: «Die aktuelle Situation in Kabul macht die Ausreise des Lokalpersonals aber schwierig», schrieb das EDA am Montag. Auf Anfrage von CH Media wollte das Departement mit Verweis auf Sicherheitsüberlegungen keine Details zu den Evakuierungsplänen nennen. Bereits am Sonntag wurden die drei noch in Kabul verbliebenen Schweizer Deza-Mitarbeitenden evakuiert. Sie sind in einer US-Militärmaschine nach Doha geflogen worden und sollen bald in die Schweiz weiterreisen.

Im Namen der Landesregierung zeigte sich Aussenminister Cassis «ausserst besorgt» über die Situation: «Der Bundesrat verurteilt die Verlet-

zung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Afghanistan.» Er fordert die Konfliktparteien dazu auf, insbesondere die Rechte von Minderheiten und von Frauen und Mädchen zu gewährleisten, und verlangt sichere Ausreisemöglichkeiten für Afghanen und ausländische Staatsbürger, welche das Land verlassen wollten.

Geht es nach SP und Grünen, soll die Schweiz rasch und unbürokratisch 10000 gefährdete Menschen, insbesondere Frauen und Mädchen, aus Afghanistan aufnehmen. Der Bundesrat müsse ausserdem den hier lebenden Afghaninnen und Afghanen einen sicheren Aufenthaltsstatus gewähren und ihren Verwandten aus Afghanistan eine erleichterte Einreise ermöglichen, fordern die beiden linken Parteien.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums verlangte SVP-Nationalrätin Martina Bircher vom Bundesrat eine Strategie, «damit sich die

Flüchtlingswelle von 2015 nicht wiederholt».

Die Schweiz habe Instrumente, um rasch und unbürokratisch sowohl Hilfe vor Ort oder in den Nachbarländern zu leisten als auch Flüchtlinge aufzunehmen, sagte Aussenminister Cassis. «Wir sind bereit, diese Instrumente flexibel einzusetzen. Die Schweiz gehört immer zu den Ländern, die sich zuerst bewegen.» Aber zunächst brauche es eine saubere Lagebeurteilung und eine Koordination mit anderen Staaten: «Die Schweiz alleine kann wenig tun.» Priorität hätten aber zunächst die Evakuierung der Deza-Angestellten sowie die humanitäre Hilfe vor Ort.

Zu diesem Zweck braucht es laut Ignazio Cassis direkte Gespräche zwischen humanitären Organisationen wie dem IKRK und den Taliban. Für die Schweiz schloss er einen solchen Dialog angesichts der unklaren politischen Lage in Afghanistan zurzeit aus. ■